

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Rollmann, Dr. Müller-Hermann,
Orgaß, Frau Tübler, Eilers (Wilhelmshaven)
und Genossen**

betr. Fischereiwirtschaft in den norddeutschen Küsten- ländern

Nach der Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der einseitigen Ausweitung der isländischen Hoheitsgewässer sind erhebliche Nachteile für die deutsche Fischereiwirtschaft zu erwarten. Nach einer Empfehlung des Norddeutschen Parlamentsrats sollten die vier Küstenländer und die Bundesregierung untereinander Maßnahmen abstimmen, um Nachteile für die deutsche Fischereiwirtschaft abzuwenden, zu mindest aber so gering wie möglich zu halten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung im einzelnen ergreifen, um zu verhindern, daß der deutschen Fischereiwirtschaft durch die EWG-Erweiterung und das einseitige völkerrechtswidrige Vorgehen Islands weitere Nachteile entstehen?
2. Ist die Bundesregierung bereit, die Nachteile auszugleichen, die der deutschen Fischereiwirtschaft durch einseitige Maßnahmen anderer Staaten entstehen?
3. Wird die Bundesregierung im Ministerrat und bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften darauf hinwirken, daß bestehende oder künftige Ungleichheiten bei Förderungsmaßnahmen im EWG-Raum vermindert werden?

Unterschriften umseitig

Rollmann
Dr. Müller-Hermann
Orgaß
Frau Tübler
Eilers (Wilhelmshaven)
Dr. Abelein
Frau Benedix
Frau Berger
Dr. Blüm
Blumenfeld
Bremer
Dr. Carstens (Fehmarn)
Damm
van Delden
Dr. Freiwald
Dr. Frerichs
Gerster (Mainz)
Gewandt
Dr. Gölter
Dr. Hammans
von Hassel
Dr. Jahn (Braunschweig)
Dr. Klein (Stolberg)
Kunz (Berlin)
Dr. Luda
Pieroth
Sauer (Salzgitter)
Schmöle
Springorum
Dr. Stavenhagen
Frau Stommel
Vogel (Ennepetal)
Vogt
Frau Dr. Wex
Frau Dr. Wolf
Wuttke